

2017-06-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
04.04.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans

Vertreter: Herr Dreibrod

Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen

Busch, Thomas

Vertreter: Herr Dr. Melchior

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 9 Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 10.01.2017, 09.02.2017 und 28.02.2017

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob es Anmerkungen dazu gebe.

Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2017

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2017: 7 : 2 : 0

Die Niederschrift vom 10.01.2017 wurde ungeändert beschlossen.

Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2017

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2017: 5 : 4 : 0

Die Niederschrift vom 09.02.2017 wurde ungeändert beschlossen.

Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2017

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2017: 5 : 4 : 0

Die Niederschrift vom 28.02.2017 wurde ungeändert beschlossen.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schönemann, informierte, dass es in den Sitzungen vom 28.02.2017 und 22.03.2017 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gab:

Nichtöffentliche Beschlüsse der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 28.02.2017

- 8.1 Anpassung der Betrauung der DVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen
im Linienbündel 1
Vorlage: BV/481/2016/III-66

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen

- 8.2 Erteilung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages
Beauftragung des Verkehrsunternehmens Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH mit
gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen für das gemeinsame Linienbündel im Öffentli-
chen Personennahverkehr der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/487/2016/III-66

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

- 8.3 Vergabe von Bauleistungen
Ersatzneubau Schwimmhalle (ENB SH), Ludwigshafener Straße 30, 06842 Dessau-Roßlau
Los 13 - Fliesen / Estrich (Verg.-Nr.: 100/2016 De-Ro)
Vorlage: BV/046/2017/III-65

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 1

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

- 8.4 Vergabe von Bauleistungen
Vergabe-Nr. 115/2016 De-Ro
Infrastrukturvorhaben im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industrie-
hafen Roßlau. Teilprojekt 2 - DHW Rodleben
Gesamtleistung
Vorlage: BV/025/2017/III-66

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Nichtöffentliche Beschlüsse der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und
Umwelt am 22.03.2017

- 3.1 Vergabe von Bauleistungen
Vergabe-Nr.: 2/2017 De-Ro
Ersatzneubau Brücke BW 100 im Zuge der K 1776 in Brambach
Vorlage: BV/066/2017/III-66

Abstimmungsergebnis: 9 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

5 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

6.1.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass die Abdichtungsarbeiten ausgeführt wurden. Die Herstellung der Mastsockel ist erfolgt. Die Entwässerungskanäle sind fertig hergestellt. Auf der Westseite der Brücke erfolgt derzeit der Aufbau der neuen Bordanlage, der Lichtsignalanlagenschächte und der Kabelkanäle. Ab Ende April sollen die Pflasterarbeiten auf Geh- und Radwegen beginnen. Auf der Ostseite beginnt der Aufbau der Bordanlagen für Fahrbahn, Gehwege und Rondell. Die Inbetriebnahme der Brücke soll zum 20.06.2017 erfolgen. Vom 27.04.2017 bis 20.06.2017 wird auf Grund von Deckenarbeiten auf dem Zubringer nach Mildensee der Verkehr stadtauswärts ungehindert auf einer Spur fließen und stadteinwärts durch die Wasserstadt geleitet.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach, ob die Art des Kreisverkehrs so bleibt, wie es geplant wurde. Herr Pfefferkorn antwortete, dass der Kreisverkehr städtebaulich genau so gebaut werde, wie er geplant wurde, in Anlehnung an das historische Rondell.

Herr Schönemann fragte, ob es in der Terminkette somit bei Ende Juni bliebe. Herr Pfefferkorn bestätigte, dass zwar noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen sein werden, aber der Verkehrsfluss ungehindert ab dem 20. Juni über die Brücke gehen wird.

6.1.2 Sachstand Kavallerstraße, Umfeldgestaltung Bauhausmuseum, Kunst im öffentlichen Raum, OdF-Mahnmal

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavallerstraße, informierte, dass aus Sicht der Projektsteuerung die Punkte Inhalt/Qualität, Terminplanung, Kostenentwicklung und Finanzierung im grünen Bereich der Planung sind und sich positiv entwickeln.

Schwerpunkte der Präsentation von **Herrn Jähne** waren der aktuelle Sachstand, Vergabeinheiten, die Bürgerbeteiligung und die Terminplanung. Bauphase 1 werde nun mit Bauphase 4 gleichzeitig verwirklicht, und mit Phase 2 begonnen, der Hintergrund dafür wäre vergaberechtlicher Natur.

Die Präsentation liegt als Anlage 2 bei.

Herr Adamek, Fraktion CDU, fragte nach, ob es eine Webcam geben werde, die die Bauarbeiten live übertrage. **Herr Jähne** antwortete, dass dies bereits jetzt über die Homepage der Stadt möglich sei und geprüft werde, ob dies für das Straßenprojekt ebenfalls durchgeführt werden könne.

Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, informierte darüber, dass es mit dem Kulturausschuss, dem Bauausschuss, dem Gestaltungsbeirat und Frau Rammelt-Hadelich einen gemeinsamen Termin am 04.05.2017 zum Thema Kunst im öffentlichen Raum geben werde. Frau Engelmann werde dort ihre Überlegungen vorstellen und dort solle diskutiert werden, welche Formate finanziert werden sollen und wie der aktuelle Stand einer gesicherten Finanzierung ist. Nach dieser Veranstaltung erfolge die Erstellung einer Vorlage für den Stadtrat.

Sie führte weiter aus, dass es im Zusammenhang mit dem Mahnmahl der Opfer des Faschismus (OdF) eine offene Werkstatt geben solle. Herr Plaßmann, beauftragter Planer für Gestaltidee, habe seine Zustimmung zugesichert. Diese müsse in der ersten Mai-Hälfte durchgeführt werden, damit die Umsetzung dann bis Ende November vorgenommen werden könne. Die Objektplanung für den Wiederaufbau des OdF-Denkmalwürde von Mitte Mai bis Mitte Juni laufen. Im Anschluss erfolge dann die Vergabe und ab August wäre dann der eigentliche Bauvorgang möglich. Voraussetzung für diesen Zeitplan sei eine Direktvergabe.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach, ob das Wertvolumen so sei, dass es vergabetechnisch keine Probleme gebe. **Frau Jahn** antwortete, dass die Werkstatt unproblematisch wäre, aber dass die anderen Phasen mit den Vergaben an bereits im Umfeld planende Büros angedockt werden müssten, damit eine entsprechende Begründung möglich ist.

Herr Schönemann informierte darüber, dass Herr Pfefferkorn ihn gefragt habe, ob es nicht möglich wäre, den Brunnen auf dem Friedensplatz mit Wasser zu befüllen. Er selbst suche derzeit nach Partnern, um dieses Projekt symbolisch zu unterstützen. Ziel des Ganzen werde es sein, den Brunnen wieder aufzuwerten. Es gebe bereits Zusagen der Unterstützung und er wünsche, dass es auf Grundlage der wiederhergestellten Brunnen, eines Tages ein entsprechendes Fest in Dessau-Roßlau geben würde. Die Brunnen könnten dann als etwas Angenehmes und nicht nur als eine betriebswirtschaftliche Last angesehen werden.

6.1.3 Sachstand Ostrandstraße

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, teilte mit, dass das derzeitige Verfahren ruhe, bis die weitergehenden Beschlüsse getroffen sind.

6.1.4 Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle

Herr Bekierz, Leiter des Amts für zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass die Kellerwände hergestellt wurden, die Auffüllung über den Grundwasserhorizont erfolgte und am 23. 02.2017 bereits die Wasserhaltung eingestellt wurde. Die Decke über dem Kellergeschoss sei fertig. Die Bodenplatte des Sozialtrakts ist ebenfalls fertig betoniert. Im April werden die Arbeiten an den Wänden im Erdgeschoss abgeschlossen. Ende April beginnen die Arbeiten an der Decke des Sozialtrakts. Ab 08.05.2017 werden die großen Binder für die Hallendecke eingebracht. Es stellt sich die Frage des Richtfestes. Vermutlich werde es im Mai stattfinden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wies darauf hin, dass es seitens Dessauer Firmen durchaus den Bedarf gebe, für die Umsetzung von städtebaulichen Maßnahmen einen Dialog anzustreben, damit eine größere Beteiligung von städteigener Wirtschaftskraft bei Baumaßnahmen der Stadt Dessau-Roßlau erzielt werden können. Er werde sich zu diesem Thema mit den anderen Fraktionen dazu verständigen, wieweit z.B. Fachverbände und Fachbüros dazu in einem Gedankenaustausch integriert werden könnten. Es sollte ein Anliegen der Politik sein, sich um seine eigenen lokalen Firmen zu bemühen.

6.1.5 Sonstige Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Bekierz führte aus, dass das Klageverfahren gegen die Stadt, welches bezüglich der Glaselemente der Meisterhäuser geführt wird, vom Landgericht am 30.12.2017 abgelehnt wurde. Die Glaselemente waren wegen Mangelhaftigkeit abgelehnt worden und der Hersteller hatte die Stadt daraufhin auf 360.000 Euro verklagt. Der Unternehmer sei in Widerspruch gegangen und wahrscheinlich wird es im Sommer ein Verfahren vor dem Oberlandesgericht geben. Bisher gebe es aber noch keine Begründung des Urteils. Herr Bekierz betonte, dass das Risiko für die Stadt sehr überschaubar gewesen wäre, da im Ernstfall die Architekten in Regress genommen worden wären.

Er sprach noch den aktuellen Stand des Klageverfahrens, bezüglich der Geruchsbelästigung am Zoberberg, welche aus dem dortigen Bodenbelag stammte an. Der Schaden durch eine notwendige Sanierung an der Schule war damals erheblich. Auch am Sport- und Kurshaus habe es entsprechende Probleme gegeben, in deren Zusammenhang ein Urteil ergangen sei. Das Landgericht Roßlau hatte damals am 13. Mai 2016 die städtische Klage abgewiesen und die Klage, welche das Problem an der Zoberbergschule und dem Alten Theater bündelte, ebenfalls abgewiesen. Die Stadt sei in beiden Fällen in Berufung gegangen und das Oberlandesgericht der Stadt Naumburg hat auf die Verantwortung des Verlegers gedrungen und die Klagen nach Roßlau zurückverwiesen, mit der Frage, ob der Geruch einen Mangel darstellt. Er sehe die Chancen gut, einen erfolgreichen Prozess vor dem Bundesgerichtshof zu führen.

Herr Schönemann fragte nach, was die Gutachten konkret sagen. Es sei nicht ganz unproblematisch, da es sich um einen lokalen Verleger handele. Es geht bei diesem Prozess nicht um die Schuldfrage, sondern um die Verantwortung.

Herr Bekierz betonte, dass es sich um 2 Verleger und 2 Prozesse handele. Das Landgericht habe in beiden Fällen so argumentiert, dass die Stadt schuldig sei, weil sie diesen Belag gewollt habe.

Herr Schönemann fragte, ob das verwendete Material mit einer gewissen Bedenklichkeit ausgestattet und somit für bestimmte Projekte untauglich sei. **Herr Bekierz** erwiderte, dass der verwendete Belag untersucht wurde und dabei Werte einiger chemischer Bestandteile festgestellt wurden, die unzumutbar waren, weil sie weit über der Geruchsschwelle lagen. Juristisch fraglich ist, ob Geruch einen Mangel darstelle. Zum Zeitpunkt der Verlegung gab es für diese Stoffe keine verbindlichen Grenzwerte. **Herr Schönemann** stellte fest, dass es sich also um eine Art Musterprozess handele. **Herr Bekierz** stimmte zu und unterstrich die überregionale Bedeutung. Man könne sehr zuversichtlich denken, da es mehrere hundert Zeugen, alleine aus dem Bereich der Schule gebe, die hinsichtlich der Geruchsbelästigung aussagen könnten.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erinnerte daran, dass am 06.04.2017 in der Wartehalle des Bahnhofes eine Informationsveranstaltung durchgeführt werde. In diesem Zusammenhang werde der Öffentlichkeit die Planung des Bahnhofsumfeldes vorgestellt und weitere Anregungen gesammelt. Die Serie der Stadtgespräche werde somit fortgesetzt.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob der Gestaltungsbeirat Einwände bei der Planung gehabt habe. Frau Schlonski verneinte dies.

Herr Schönemann betonte, dass er die Terminabsprache als problematisch empfinde. Die mehrfache Wahrnehmung von Funktionen durch Stadträte mache das Teilnehmen an bzw. das qualifizierte Begleiten von einzelnen Prozessen schwierig. Es müsse eine bessere Terminkoordinierung organisatorisch ermöglicht werden.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, wie der weitere Verlauf des Verfahrens geplant sei. Frau Schlonski antwortete, dass nach der Öffentlichkeitsbeteiligung, eine Planungsüberarbeitung erfolge, bevor die abschließende Planung beginne. Die Umsetzung solle dann nächstes Jahr beginnen. Sie bat außerdem um Verständnis dafür, dass manche Termine von Veranstaltungen für Stadträte zeitlich eng beisammen liegen, da die Stadt über manche Termine auch nicht informiert werde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, schlug vor, eine zentrale Stelle für die Terminkoordination einzurichten.

Herr Schönemann unterstrich, dass diese kritikwürdige Komponente zu lösen sei. In diesem Zusammenhang müsse auch der Dialog mit dem Präsidium gesucht werden und dem Büro des Rates.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betonte, dass es möglich sein muss, einen Sitzungskalender zu schaffen, in dem öffentliche und nichtöffentliche Termine online einsehbar sein müssten.

Herr Otto fragte an, ob der Bauausschuss am 6. Juni verschoben werden könne, da es zu terminlichen Überschneidungen kommen würde. **Herr Schönemann** antwortete, dass versucht würde, dieses Problem noch zu lösen, verwies aber gleichzeitig auf die Komplexität der zeitlichen Planung.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Benckenstein, AfD Fraktion, fragte, ob im Bereich des „Grünen Bandes“ wieder Papierkörbe in der Antoinettenstraße aufgestellt werden. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, antwortete, dass sie das prüfen werde.

Frau Benckenstein fragte außerdem, wer Eigentümer des Waldgebietes am Winklerstein sei oder ob es verpachtet sei. Ein Pferdebesitzer, dessen Tiere auf der Wiese dort grasen, habe Teile dieses Waldstückes abgesperrt. Es stelle sich die Frage, inwiefern dies zulässig sei. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, antwortete, dass die Lösung dieser Angelegenheit problematisch sein könne. Das Grundstück sei in Pacht und am Ende müsse eine Lösung stehen, die allgemein öffentlich zumutbar ist. Er hätte gerne geklärt, inwiefern die öffentliche Nutzbarkeit durch die Absperungen eingeschränkt sei und eine Lösung gefunden, die für alle Beteiligten tragbar ist. Für das Gespräch mit dem Pächter und Verpächter, müsse jedoch die Rechtslage klar sein.

Frau Benckenstein sagte, dass im Moment alles eingezäunt sei. **Herr Schönemann** unterstrich, dass es in diesem Zusammenhang wichtig sei, einen vernünftigen Rechtsstandpunkt zu haben. Sollte die Verpachtung ordnungsgemäß sein, dann solle der Pächter nicht in seinen Rechten beschnitten sein, die Gartenbetreiber dürfen sich aber auch nicht beeinträchtigt fühlen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, regte an, die Webcam für die Bauarbeiten am Bauhausmuseum direkt auf die Startseite der Stadt Dessau-Roßlau zu verlinken. Er fragte zusätzlich, welche Möglichkeit zur Problemlösung bezüglich der Zufahrt der Bäckerei Lantzsch, von der Mannheimer Straße aus, es gebe und ob der Gleichbehandlungsgrundsatz in Bezug auf die Zufahrt des Autohauses Schandert, in nur ca. 100 Metern Entfernung, gewahrt bleibe. Eine zufriedenstellende Kompromisslösung läge auch im Sinne der Stadt, da sich in diesem Bereich auch weitere kleinere und mittlere Unternehmen ansiedeln wollen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, antwortete, dass diese Frage folgerichtig sei. Er kenne die komplexe Situation und dennoch sollte noch einmal darüber nachgedacht und geprüft werden, was im Sinne der verkehrstechnischen Erschließung dieses Areals, gesamtheitlich möglich ist. In diesem Zusammenhang könne den Investoren ein Stück entgegengekommen werden. Das Tiefbauamt möge einmal prüfen, welcher Vorschlag zur Erschließung in Gänze ansteht. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, antwortete, dass die Gefahr bestünde, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werde. Durch die unkoordinierte Zu- und Abfahrt werde der Verkehrsfluss gestört. Der große Unterschied zu dem Autohaus ist der, dass dessen Zufahrt Bestandsschutz unterliegt. Der Rechtsgrundsatz der Flüssigkeit des Verkehrs solle nicht behindert werden damit die Funktion der Bundesstraße auf der Tangente gewahrt bleibt. Eine abschließende Entscheidung stehe aber noch aus. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte eine entsprechende Prüfung der Sachlage zu.

Herr Schönemann betonte, dass die Aufgabe der Erschließung des Gesamtareals seit langem eine Herausforderung darstellt. Der jetzige Abgleich erfolge unter praktischen Erwägungen, nachdem der sachliche Teil bereits geprüft wurde. Im Sinne einer vernünftigen Begleitung von Investoren, wäre eine baldige praktische Lösung wünschenswert. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, schlug vor, eine „rechts rein und rechts raus Lösung“ zu genehmigen, da bisherige Beobachtungen an der nahegelegenen Tankstelle zeigen würden, dass man dort ohne Problem ein- und ausfahren kann. Er sehe an dieser Stelle viel größere Probleme, wenn die Autos von Süden kommend nach links abbiegen, da der Gegenverkehr dieses nicht ermöglicht.

Herr Adamek fragte, wie mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Ludwigshafener Str. auf Höhe der Tannenhegerbrücke langfristig umgegangen werden soll und ob weitere Sicherungsmaßnahmen in diesem Bereich der Ludwigshafener Straße geplant sind. **Frau Schlonski** informierte darüber, dass dies in die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde falle. Gespräche hätten ergeben, dass dies tatsächlich eine Reaktion auf den tragischen Unfall war, derzeit aber geprüft werde, wie langfristige Lösungen in diesem Bereich aussehen könnten. **Herr Adamek** betonte, dass er für unaufmerksame Fußgänger dennoch die gleiche Gefahr sehe. Er befürworte aber eine entsprechende Prüfung der Optionen. **Frau Schlonski** ergänzte, dass konkret z.B. geprüft werde, dass eine Sperre, in Form eines Gitters, in den Bereich des Überganges gebaut werde, damit niemand wegen Unaufmerksamkeit einfach ungehindert auf die Straße laufen könne.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, was der Hintergrund der Bauarbeiten im Bereich „Waldweg“ und „Am Waldkater“ sind. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass er dies prüfen werde. **Herr Meier** wies außerdem erneut auf das Problem des unzureichenden Parkplatzes am Fürst Leopold Carré hin. Der Parkplatz sei zu kurz und deswe-

gen stünden die Autos ständig auf dem Rad- und Fußweg. Die Stadt und die Straßenverkehrsbehörde müssten diesen Missstand regulieren.

Herr Otto erinnerte daran, dass sich Anwohner des Gebietes „Am Achteck“ darüber beklagt hatten, dass Autos teils über die Grünanlagen fahren. Auf Grund der parkenden Autos sei die Straße zu schmal für den Verkehr. Die Situation sei so problematisch, dass größere Fahrzeuge wie Krankenwagen in manchen Bereichen nicht durchfahren könnten. Bisher habe er vom Tiefbauamt noch keine Informationen über die zugesagte Problemlösung bekommen. Derzeit werde das Thema auch im örtlichen Stadtbezirksbeirat behandelt. Er bitte dennoch um einen Lösungsvorschlag seitens des Tiefbauamtes. Die Anwohner hätten vorgeschlagen, die Parkflächen als Rasengitterplatten auszustatten und somit die Fahrbahn von den parkenden Autos zu befreien. **Herr Pfefferkorn** sicherte eine entsprechende Prüfung der Optionen zu.

Herr Schönemann informierte darüber, dass seine Fraktion, wegen der Probleme in der Quartiersentwicklung, besonders für die Bereiche Leipziger Tor und Zoberberg, eine Konferenz durchführen möchte. Inhaltlich solle es in diesem Zusammenhang auch um die wohnungspolitische Betrachtung der Lage von Unternehmern und Vermietern gehen. Erste Personen haben sich dazu bereits bei Herrn Petzold gemeldet. Er habe die Bitte an die Fraktionen, kompetente Personen für die Vorbereitung eines solchen Fachgremiums zu benennen. Es solle ein Gemeinschaftsprojekt sein. Bisherige Problemlösungsansätze haben das gewünschte Ergebnis bisher nicht erzielt und aus diesem Grunde müssten neue Optionen versucht werden. Der von verschiedenen Fraktionen eingebrachte Beschlussantrag, gehe inhaltlich in die gleiche Richtung und deswegen hoffe er auf eine gemeinschaftliche Umsetzung. Es bedürfte nun Vorbereitungsgespräche seitens der Beteiligten, als auch der politischen Parteien.

7 Beschlussfassungen

7.1 Einstellung Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße 3. BA 2. Muldebrücke Vorlage: BV/074/2017/III-66

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, schlug vor, TOP 7.1 und 7.2 im Zusammenhang zu diskutieren, da sie inhaltlich zusammen gehören.

Es gab keine Einwände.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, führte aus, dass er denke, dass ausführlich über dieses Thema im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung gesprochen und entsprechende Alternativen diskutiert wurden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass seine Fraktion denke, dass die aktuellen vorliegenden Informationen nicht den Tatsachen entsprechen. Die Verwaltung habe Vorgaben gemacht, die dazu dienen sollen, die Ostrandstraße zu verhindern. Es habe auch nie eine wirkliche Diskussion gegeben, sondern immer nur punktuelle Ausführungen. Im Planfeststellungsverfahren sei die Verwaltung bereits von einer Geschwindigkeit von 50 km/h und teilweise von 30 km/h für die gesamte Straße ausgegangen. Der Widerstand gegen diese Straße sei dadurch erhöht wurden. Die Verwaltung gehe davon aus, dass bis 2035 die Arbeitsplätze in Dessau-Roßlau um 11 Prozent abnehmen. Er sehe, dass also 4.600 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, damit weniger Verkehr aufkommt, welcher sich ent-

sprechend in den Verkehrsuntersuchungen niederschlage. Er werfe es dem Planer nicht vor, da es eine Vorgabe der Verwaltung gewesen sei. Die Stadträte haben diese Vorgaben alle nicht gekannt. Die Walderseestraße war nicht Bestandteil der Aufgabenstellung in der Fortschreibung gewesen. Maßnahmen der Verkehrsbeeinflussung, wie das Abbiegeverbot vom Friederikenplatz wären nicht enthalten, obwohl man die Autofahrer so auf die Ostrandstraße zwingen könnte. Die Fraktion finde außerdem, dass die West-Ost-Querung der Stadt in der Untersuchung keine Würdigung habe und nicht ausreichend bewertet sei. Es gebe dort viel mehr Verkehr. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass das Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren so stark rückläufig sei. Er kenne gegenteilige Momentaufnahmen, so sei vormittags die Hermann-Köhl-Straße stark frequentiert und nachmittags ebenfalls, genau wie die Kühnauer Straße. In der Untersuchung werde die Behauptung aufgestellt, dass der Verkehr sich auf allen Straßen rückläufig entwickle, obwohl der Verkehr auf den Autobahnzubringern zunehmen werde. Seiner Meinung nach müsse sich diese Verkehrszunahme auch in Zahlen für die Stadt widerspiegeln. Er könne sich nicht erklären, wie z.B. die Muldebrücke oder die Ludwigshafener Straße mit einem reduzierten Verkehrsaufkommen dargestellt werden könne. Ein weiterer zweifelhafter Punkt des Gutachtens sei die Aussage, dass die Walderseestraße nur für die Umfahrung eines Bahnüberganges genutzt werde, da in der Realität Autofahrer, die von Dessau-Nord nach Roßlau fahren wollen, einen der beiden Bahnübergänge queren müssten. Aus Sicht seiner Fraktion müsse das Gutachten aktualisiert und überarbeitet werden. Die Vorgaben hierfür müssten noch einmal mit der Politik diskutiert werden. Der Stadtratsbeschluss, den seine Fraktion 2016 eingebracht habe, sei außerdem noch nicht umgesetzt. Inhaltlich ging es bei diesem darum, dass die Ostrandstraße mit einer höheren Geschwindigkeit und somit einem geringeren Widerstand aus der Bevölkerung, untersucht werden sollte. Die Verwaltung habe diesen Stadtratsbeschluss einfach ignoriert Herr Maurer, Sachbearbeiter Verkehrsplanung, habe dies damit begründet, dass kein Geld vorhanden sei und dass das Vorhaben im Planfeststellungsverfahren mit 50 km/h ausgelegt wurde. Von diesem Umstand habe seine Fraktion im Vorfeld nichts gewusst.

Seine Fraktion und er lehnen diese beiden Vorlagen in der jetzigen Form ab.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwiderte, dass sie seine Einwände nicht ganz verstehe. Am 13.02.2017 habe es eine Veranstaltung gegeben, in deren Verlauf ausführlich über all diese Daten, Ansätze und Ergebnisse der besagten Analyse gesprochen wurde. Viele Bedenken konnten in diesem Zusammenhang ausgeräumt werden und manche der von ihm benannten Punkte seien ausführlich erläutert und diskutiert worden.

Herr Otto antwortete, dass er sich nicht daran erinnern könne, dass auch nur einer der von ihm benannten Punkte abschließend geklärt worden sei.

Herr Schönemann sagte, dass die Position des Tagesordnungspunkts 7.1, die Rücknahme des Beschlusses zum Brückenbau, wohl unstrittig sei. Im Punkt 7.2 stelle thematisch die Frage, wie nun weiterverfahren werden solle. Er sehe mit der Vorlage die Chance, dass die wirklichen Lösungsansätze erarbeitet werden könnten. Der Auftrag sei nicht zuletzt aus der Haushaltsdiskussion entstanden. Er denke, dass der Ringschluss Schritt für Schritt, wie die Vorlage es ermöglicht, denkbar und leistbar sei.

Er denke, dass die von Frau Schlonski benannte Diskussion sehr ausführlich war und dass sich alle Beteiligten einig waren, dass die Brücke in Bezug auf die Ostrandstraße hinfällig sei. Dieser Umstand ist im Tagesordnungspunkt 7.1 zusammengefasst. Bezüglich der Geschwindigkeitsdiskussion auf der Ostrandstraße, sei aus seiner Sicht unter dem Punkt 7.2 ausführlich begründet, welche Gestaltungsmöglichkeiten dort gegeben sind. Aus seiner Sicht bilden die Informationen aus dieser Vorlage die Grundlage für eine weitere Diskussion und die Möglichkeit für eine weitere Datenermittlung für die zukünftige Projektausgestaltung. Der Auftrag und die Festlegungen erscheinen ihm plausibel. Natürlich könnten sich Details in der Diskussion noch verändern. Die Datengrundlage sei für ein weiteres Vorankommen ent-

scheidend. Der Auftrag solle auf jeden Fall ausgelöst werden und über Details könne später abschließend gesprochen werden.

Herr Otto unterstrich, dass es für seine Fraktion nur eine Hinhaltenaktik der Verwaltung sei. Die Begründung für den Ringschluss ohne Brücke sei fraglich, da schon mit einer zusätzlichen Brücke kein nötiges Verkehrsaufkommen vorhanden sein soll. Für eine Untersuchung, bei der das Nichtfunktionieren bereits am Anfang klar sei, wolle seine Fraktion nicht, dass Gelder verschwendet werden. Sein Fraktionsvorsitzender Matthias Bönecke lasse über ihn außerdem anfragen, ob das weitere Vorgehen dann ohne Planfeststellungsverfahren möglich wäre.

Frau Schlonski antwortete, dass bei dem Lückenschluss in Dessau-Nord auch nichtstädtische Grundstücke berührt werden und ein Planfeststellungsverfahren so sicherer wäre. Zumal existiere der Vorteil, dass die Arbeit für das Planfeststellungsverfahren eigentlich schon begonnen habe und wieder aufgenommen werden könnte. Bei einem B-Plan müsste die Arbeit komplett neu aufgenommen werden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, führte aus, dass er, nach dem bisherigen langsamen Planungsverlauf der Ostrandstraße, in der genannten Diskussionsveranstaltung, das Gefühl hatte, dass das Ergebnis bereits vorher feststand. Man solle überlegen, ob es ratsam sei, einen anderen Gutachter zu beauftragen. Es sei unbefriedigend, dass innerhalb eines Jahres kein Signal gekommen sei, dass bezüglich der Vorgaben Rede-, oder Änderungsbedarf bestünde. Seine Fraktion sehe die Gefahr, dass der weitere Verlauf des Projektes langfristig verzögert werde. Es bestünden Zweifel daran, dass es umgesetzt werde. Es sei vielleicht möglich, dass das Projekt durch das Planungsbüro, unter anderen Aspekten, in Betracht gezogen werden könnte. Veränderte Geschwindigkeiten und weniger Widerstände, seien in dieser Betrachtung denkbar. Er glaube nicht daran, dass die Verkehrsteilnehmer die Lohmannstraße wie geplant nutzen würden, um von Roßlau nach Oranienbaum zu kommen. Er selbst habe in diesem Zusammenhang eine andere Wahrnehmung und diese Lösung erscheine ihm nicht schlüssig.

Aus prinzipieller Sicht könne seine Fraktion 7.1 nicht zustimmen, da seine Fraktion die 2. Muldebrücke immer befürwortet habe. Er könne und müsse das Argument der Nichtrealisierbarkeit aber akzeptieren. Tagesordnungspunkt 7.2 solle noch qualifiziert werden. In einer Diskussion sollen hierfür klare Zielsetzungen, ein Zeitplan und ein zügiges Fortschreiten festgelegt werden.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass er glaube, dass zum Thema Verkehrsentlastung von Dessau-Nord eine ganze Menge diskutiert wurde. „Rechts vor links Lösungen“ seien aus seiner Sicht problematisch für den gesamten Verkehrsfluss. Bezüglich des Beschlusses von Herrn Ottos Fraktion merkte er an, dass es kaum möglich sei, einer Planfeststellungsbehörde vorzuschreiben, wann sie fertig sein muss. Das Thema der Walderseestraße sehe er als untersucht an. Manchmal sei es ratsam einer wissenschaftlich fundierten Untersuchung mehr zu trauen, als einer subjektiven Wahrnehmung. Die wissenschaftlichen Ergebnisse wurden bei der damaligen Veranstaltung sehr umfangreich dargelegt. Aus seiner Sicht ist die Beschlussfassung nötig, um die notwendigen Daten für ein Weiterkommen in diesem Projekt zu gewährleisten. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu. Wenn die Fahranlässe für die Ostrandstraße nicht gegeben sind, so könne er nicht verstehen, warum unverändert daran festgehalten werden soll.

Herr Schönemann erwiderte, dass seine Fraktion sich dem weiteren Verfahren gemäß den Punkten 7.1 und 7.2 anschließen könnte, auch wenn es natürlich schwierig werde, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und eine nachvollziehbare Begründung der Verkehrsdichte für den kurzen Ringschluss zu entwickeln. Der Konsens aus der Diskussionsveranstaltung sei das Suchen nach einer machbaren Lösung für diesen gewesen. Die Beschlussvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 7.2 sei Ergebnis einer langen und ausführlichen

Diskussion. Diese Kompromisslösung stünde allerdings durchaus konträr zur jetzigen öffentlichen Meinung in Bezug auf die Ostrandstraße. Die beiden Vorlagen sind Grundlage für eine fachlich und sachlich richtige, preiswertere Alternative zur Ostrandstraße.

Herr Otto sagte, dass er die Aufgabe der Stadtverwaltung darin sehe, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und deswegen sei es die Aufgabe, potenzielle Interessenten dauerhaft an die Stadt zu binden. Die Vorgabe bezüglich des Wegfalls der 4.600 Arbeitsplätze könne er so nicht hinnehmen. Herr Schönemann erwiderte, dass das niemand sage und es eine falsche Interpretation sei. Herr Otto widersprach und betonte, dass dies in der Untersuchung stehe. Er zeigte Herrn Schönemann den entsprechenden Part der Untersuchung. Er verstehe das Argument nicht, dass kein Geld vorhanden sei, obwohl im Rahmen der Landesgartenschau Millionen Euro investiert werden sollten. Für eine Verwendung bedürfe es nur einer ordentlichen Begründung. Ohne die Behelfsbrücke wäre aus seiner Sicht auch der Bau der anderen Brücke möglich gewesen. Er sehe keine Rechtfertigung für diese Untersuchung über 25.000 Euro, da kein zusätzlicher Verkehr entstehen könnte.

Herr Schönemann unterstrich, dass die Vorlage die Konsequenz des Konsenses ist, welcher am Ende der damaligen Diskussionsveranstaltung getroffen wurde. Alle anderen Alternativen seien aus wissenschaftlicher Sicht nicht als ausreichend begründbar anzusehen. Die Faktenlage nahm die ursprünglichen Argumente und nun müsse eine zielführende politische Entscheidung vorbereitet werden. Der neuen Situation müsse sich zeitgemäß gestellt werden.

Herr Adamek betonte, dass er das Problem der demografischen Entwicklung anzweifle. Er sehe bei der jetzigen Beschlussvorlage das Problem, dass am Ende das Ergebnis stehen wird, dass das Projekt nicht umsetzbar sein wird, da es unbegründbar sei. Er würde die BV gerne um einen Punkt ergänzen. Dieser sollte inhaltlich so ausgerichtet sein, dass das Ziel der Vorlage und der verkehrsplanerischen Untersuchung sein soll, dass der Lückenschluss vollzogen werden kann. Durch diese Qualifikation kann eine klare Zielsetzung geschaffen werden.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, verließ um 17:55 die Sitzung.

Herr Meier sagte, dass Herr Otto insofern Recht habe, als dass Herr Maurer in der gemeinsamen Sitzung gesagt habe, dass das Bauvorhaben mit der Brücke sinnvoller wäre. Er frage sich, ob es nicht auch zu prüfen wäre, welche Negativfolgen durch den kleinen Ringschluss für Dessau-Nord entstehen könnten. Es müsse sich gefragt werden, ob in diesem Zusammenhang sogar B-Pläne für Dessau-Nord geändert werden müssten. Diese Eingriffe seien aus seiner Sicht noch ungeklärt.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, die Frage sei, was an der Vorlage unter dem TOP 7.2 zu ändern sei, um den Intensionen nachzukommen. Der zeitliche Verzug müsse nun durch konstruktive und zielgerichtete Arbeit minimiert werden. Es müsse klar abgestimmt sein, welche veränderten Werte benötigt würden und was zu planen sei. Die Geschwindigkeitsfrage sei außerdem im übertragenen Wirkungskreis.

Frau Schlonski führte aus, dass die statistischen Grundlagen der Untersuchung vom Amt für Statistik kommen. Sie basieren auf wissenschaftlichen Berechnungsgrundlagen. Bei tatsächlichem Bedarf könne die Ostrandstraße immer noch verwirklicht werden. Bei der absehbaren Entwicklung sind die Zahlen belastbar. Das Büro der Untersuchung sei ein unabhängiger und neutraler Dienstleister, der sämtliche Infrastrukturmaßnahmen der Stadt anhand der vorhandenen Zahlen und der durch Politik und Verwaltung gemeinsam beschlossenen Voraussetzungen auf ihre Nützlichkeit überprüft habe. Das Ergebnis werde nun teilweise von der Politik nicht mitgetragen, unter der Annahme, dass einige der Vorgaben zur Ostrandstraße nicht stimmen würden. Es werde bei Aussagen teilweise von Hypothesen ausgegangen. Bei der damaligen Diskussionsveranstaltung wurde gesagt, dass bei geänderten Rahmen-

bedingungen auch wieder über den Bau der Ostrandstraße gesprochen werden könne. Die jetzigen Rahmenbedingungen würden dieses Vorhaben derzeit aber als unbegründbar für mögliche Fördermittelgeber darstellen. Ein Bau auf eigene Kosten wäre natürlich hingegen möglich, aber vermutlich durch die Stadt nicht finanzierbar. In der Kompromisslösung werde davon ausgegangen, dass Autos, die über die Muldebrücke fahren durchaus auch den kleinen Ringschluss befahren würden. Aus ihrer Sicht wäre eine 2. Brücke nicht zwangsweise erforderlich. Aus finanzieller und rechtlicher Sicht war diese auch das problematischere Bauwerk. Sie stimme zu, dass das Gespräch über die Rahmenbedingungen, auch bezüglich erweiterter Untersuchungen für die Nordumgehung, möglich sei. Bei einem Wechsel des Planungsbüros, müsste die gesamte Datenlage erneut erfasst werden, weswegen sie von diesem Schritt abrate.

Herr Adamek stellte den Antrag, dass die BV/075/2017/III-66 (Erweiterung der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans zwecks Untersuchung zur Realisierbarkeit der Ostrandstraße 2. BA Ringschluss Dessau-Nord) qualifiziert werde. Die Zielsetzung müsse klarer gestellt werden. Die Prüfung muss mit einem klaren Auftrag geschehen. Das Ziel der verkehrsplanerischen Analyse solle die zeitnahe Vollziehung des Lückenschlusses der Nordumgehung und deren Realisierung sein. Es müsse sich zielorientiert der Thematik genähert werden.

Herr Schönemann führte aus, dass er es so verstanden habe, dass es eine Mehrheit für den kurzen Ringschluss gebe. Er wolle daran auch festhalten. Das Planungsbüro würde er nicht wechseln. Herr Adamek stimmte dem Grundkonsens zu, ergänzte aber, dass eben dies nicht unter dem Top 7.2 definiert wäre.

Herr Meier betonte, dass für eine Planrechtfertigung aktuelle und konkrete Zahlen für die gewünschte Variante benötigt werden. Er halte es für gefährlich etwas umzusetzen, was nicht nachhaltig begründbar ist. Er werde konkrete Zahlen benötigt. Herr Otto stimmte zu, dass entsprechende Zahlen notwendig sind. Ohne diese Zahlen brächten politische Mehrheiten nichts. Für ihn sei klar, dass ohne die Brücke nicht der nötige Mehrverkehr entstehen könnte. Das negative Ergebnis stünde bereits vorher fest und trotzdem werde unverständlicher Weise darüber gesprochen Geld dafür auszugeben. Deswegen könne er die Vorlage nur ablehnen.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass die Möglichkeit einer entsprechenden Formulierung gegeben sei, damit das Verfahren in die richtige Richtung gelenkt werde.

Herr Gebhardt, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass viele Berufspendler die langwierige Diskussion nicht verstünden. Der Lückenschluss könne nicht die große Maßnahme sein, aber eine konstruktive Lösung müsse gefunden werden.

Herr Melchior fragte Herrn Otto, was er wolle. Es bestünde die Gefahr, dass das Planfeststellungsverfahren weitergeführt werde und am Ende werde das Ergebnis nicht zu einer konstruktiven Entscheidung führen. Für die kleinere Maßnahme sei eine andere Planrechtfertigung notwendig, als für die Ostrandstraße als solche. Die Ausgangssituation im Februar sei eindeutig gewesen. **Herr Otto** antwortete, dass aus seiner Sicht neue Vorgaben für eine Untersuchung notwendig seien. Mit dieser neugewollten Untersuchung werde es niemals belastbare Zahlen geben.

Frau Schlonski unterstrich, dass es notwendig sei, belastbare Zahlen zu bekommen, aus einem Auftrag, der kein Ergebnis vorgibt. Es könne formuliert werden, dass er Wunsch der Lückenschluss sei, aber ein Ergebnis einer Untersuchung dürfe aus juristischen Gründen nicht vorgegeben werden.

Frau Benckenstein, Fraktion AfD, führte aus, dass der Lückenschluss außer Frage stehe. Sie frage sich, warum dasselbe Institut plötzlich auf andere Zahlen kommen sollte. Das Ergebnis werde dasselbe sein. **Herr Schönemann** widersprach, dass die Aufgabenstellung

eine völlig andere sei. **Frau Benckenstein** sagte, dass dennoch nicht mehr Autos auf der Straße sein würden. Herr Schönemann erwiderte, dass dies eine Frage der Verkehrslenkung wäre.

Herr Adamek sagte, dass er sich eine Qualifikation der Vorlage gewünscht habe. Die Umsetzung solle auf der Grundlage geschehen, dass der Ringschluss gewollt ist. Er bat um eine kurze Auszeit.

Herr Schönemann teilte mit, dass vom 18:25 - 18:35 eine Pause eingelegt werde. Er betonte aber, dass er keinen Grund sehe, an der Vorlage oder der Verwaltung zu zweifeln.

Um 18:35 teilte **Herr Schönemann** mit, dass die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt fortgesetzt werde.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, verließ um 18:35 Uhr die Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 1

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

**7.2 Erweiterung der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans zwecks Untersuchung zur Realisierbarkeit der Ostrandstraße 2. BA Ringschluss Dessau-Nord
Vorlage: BV/075/2017/III-66**

Herr Dr. Melchior führte aus, dass der Punkt 1 des Beschlussvorschlages der BV/075/2017/III-66 ersetzt werde und wie folgt heißen soll: „Die Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP: Stand Dezember 2016) zur Ostrandstraße sind hinsichtlich der alleinigen Realisierung für den Abschnitt Ringschluss Dessau-Nord durch eine erweiterte verkehrsplanerische Untersuchung mit dem Ziel der deutlichen Entlastung der Innenstadt und angrenzenden Wohngebieten zu ergänzen.“

Herr Schönemann stellte die Beschlussvorlage mit den Änderungen im Punkt 1 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

**7.3 Benennung des Platzes vor dem Bauhaus Museum Dessau
Vorlage: BV/015/2017/III-61**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, teilte mit, dass er sich der Stimme enthalten werde, da seine Fraktion einen Änderungsantrag dazu in den Stadtrat einbringen werde.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, dass er es positiv finde, dass die Stadt das Problem aufgenommen habe und diesem Vorschlag entwickelt habe, welcher eine vernünftige Würdigung wäre.

Herr Schönemann betonte, dass er und seine Fraktion Ludwig Mies van der Rohe nicht weniger würdigten, den Namen für den Ort aber unpassend finden. Er werde sich zu geeignetem Zeitpunkt dazu äußern und bat um Verständnis.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen

**7.4 Errichtung eines öffentlichen Spiel- und Sportplatzes auf dem Gelände des Schulhofes der Grundschule "An der Heide" in der Ortschaft Kochstedt
Vorlage: BV/038/2017/I-08**

Herr Adamek, Fraktion CDU, betonte, dass das Projekt als positiv zu bewerten sei. Bürger haben ihm gegenüber Bedenken, bezüglich der Schulhofsicherung geäußert. Konkrete Fragen seien bisher nicht abschließend beantwortet worden. Seine Fraktion wäre dankbar für Ideen und Vorschläge, die das Risiko für die Kinder minimieren könnten. Das würde dazu beitragen, dass Eltern und Lehrer etwas beruhigt wären.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sagte, dass seine Fraktion, bei einer ähnlichen Situation in Kleinkühnau, eine Lösung gefunden habe, die Rechtssicherheit schaffe. An dieser Lösung, wäre das Projekt sicher angelehnt. Es ginge in diesem Zusammenhang auch um die Aufwertung des Gesamtareals, als Standort der Schule, des Hortes, der Jugendeinrichtung und der Sporthalle, in einer angemessenen Form, als Spiel- und Sportstätte.

Herr Mosch, Leiter Referat Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, sagte, dass am Ende ein öffentlicher Spiel- und Sportplatz entstünde, die Grundschule und Hort mit nutzen können. Das ist das Format der Förderbedingung und der Fördergelder. Die Sicherheit für die Kinder ist gleichbleibend zur jetzigen Situation. Es gebe zurzeit 2 Zugänge zum jetzigen Schulhof und wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind, werden es 3 sein. Bei der Planung waren unterschiedlichste Akteure beteiligt und in der nächsten Phase werde auch der Sicherheitsaspekt Berücksichtigung finden.

Herr Adamek fragte, ob es möglich wäre, an den nächsten Gesprächen teilzunehmen und ob es möglich wäre, das Ganze auf einen Vertreter der Elternschaft und Lehrerschaft zu erweitern. Herr Mosch bejahte dies. Er verwies aber darauf, dass noch keine Bauanlaufplanung erfolgt sei, da der entsprechende Beschluss erst gefasst werden müsse. **Herr Schönemann** ergänzte, dass es im Vorfeld eine Projektgruppe gebe, in die weitestgehend alle Beteiligten eingebunden sind. Er als Träger des Jugendtreffs, gehe davon aus, dass sie dazu befragt wurden. Die Elternschaft sollte unbedingt dazu einbezogen sein. Das Projekt müsse am Ende größte Akzeptanz erfahren. Der bisherige Projektverlauf erfolge sehr vorbildlich. Herr Adamek stimmte dem zu und unterstrich, dass er es gut fände, dass die Bürger bisher so beteiligt werden. Er und die entsprechenden Vertreter werden das Angebot wahrnehmen und an den Gesprächen teilnehmen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

**7.5 Durchführung der frühzeitigen Beteiligung zum Änderungsbebauungsplan Nr. 136 A 1.1 "Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt", zugleich Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 136 A1
Vorlage: BV/045/2017/III-61**

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, informierte darüber, dass hier ein B-Plan mit Rechtskraft für ein Altenpflegeheim und einzelne Wohngebäude vorliege. Kurz vor Ablauf der 7-Jahresfrist für die Verfahrensaufhebung habe sich der neue Eigentümer zu Wort gemeldet und gesagt, dass er deutlich zurückhaltender mit den Flächen umgehen wolle. Ziel war es, die Entwicklungsmaßnahme in Dessau-Kochstedt zu Ende zu bringen. In den ersten Gesprächen zeichnete sich ein deutliches Problem des Artenschutzes ab. Der Eigentümer habe sich deswegen mit der Bebauungsabsicht sehr stark an den Rand der Bauflächen zurückgezogen. Der jetzige Vorentwurf für die frühzeitige Beteiligung sei mit den Naturschutzbehörden so abgestimmt, dass er eine akzeptable Lösung für den Standort für die Abrundung der Bebauung darstellt. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ergänzte, dass die Größen der Bauflächen reduziert wurden. Der neue Vorschlag sei umwelt- und baurechtlich eine mögliche Lösung.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass aus seiner Fraktion erhebliche Bedenken in Sachen Arten- und Umweltschutz bestehen. Sie sehe Probleme beim Flächenausgleich und rechne mit erheblichem Widerstand von Seiten der Naturschutzverbände. Er fragte nach, wie die Verwaltung dies sehe. **Frau Jahn** antwortete, dass sie bezüglich der Verbände noch nichts sagen könne, aber bezüglich des Aufstellungsbeschlusses seien natürlich einige Bürger Sturm gelaufen. Die jetzige Vorlage wurde in einem starken Ringen mit dem Umweltschutz erarbeitet. Der Artenschutz sei bei dieser Lösung ausreichend berücksichtigt.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, dass auf dem Gebiet ein sehr schöner Wald entstanden sei. In dem Bereich der mal bebaut war, ist laut Gutachten weniger wertvoller Wald. Nun solle aber in den Bereichen (1 und 2) gebaut werden, in denen die wertvollsten Bestände entstanden sind. Der Altbestand müsste für die Flächenbebauung weitgehend entfernt werden. Es stelle sich in diesem Zusammenhang wirklich die Frage, ob dieses Projekt sinnvoll ist. Für die Entwicklung habe es auf Grund seiner Lage im Wald keinerlei Bedeutung. Insgesamt habe er ein ganz schlechtes Gefühl bei dieser Vorlage.

Herr Schönemann betonte, dass von dem Investor eine Menge an Entgegenkommen abverlangt werde. Die Vorlage sei als eine Art Kompromiss zu betrachten. Er empfinde die Art der Aufbereitung durch das Fachamt bemerkenswert.

Herr Meier unterstrich die naturschutzrechtliche Bedeutung der Bestände damit, dass die dortigen Arten so selten seien, weil sie einen intakten und vielschichtigen Wald bräuchten, mit alten und jungen Bäumen. Er frage sich, wie diese Komplexität des Lebensraumes durch Ausgleichsmaßnahmen neu erreicht werden soll.

Frau Jahn betonte, dass es im Verlauf des Verfahrens auch um Waldumwandlung gehen werde. **Herr Krmela, Architekt für Stadtplanung des Büros für Stadtplanung Dr. Ing. W. Schwerdt**, ergänzte, dass in den letzten Jahren ein Habitat entstanden ist, welches für den

Erhalt der Art bedenklich ist. Die Stadt müsse sowieso nach europäischem Recht erhebliche Mittel aufwenden, damit dieses Habitat in seiner jetzigen Form nachhaltig erhalten werden kann. Im Zuge der Ausgleichsmaßnahme bestehe nun die Möglichkeit genau diese Umweltschutzmaßnahme in diesem Bereich durch den Vorhabenträger umsetzen zu lassen. Ein anerkannter Experte habe festgestellt, dass wenn die Stadt nicht bald tätig wird, es natur-schutzrechtlich sehr bedenklich für die Population wird. Die Aufwuchs-Situation und die Verdichtung des Waldes würden weiter zunehmen. Es solle die alte Erschließungsstraße zum ehemaligen Casino erhalten werden, damit möglichst wenig Forstbestand entfernt werden müsse. Mit der Waldumwandlung werde es forstwirtschaftliche Ausgleichsmaßnahmen geben und in diesem Zusammenhang habe die untere Waldbehörde großes Interesse daran, dass noch nicht vitalisierte Forstbestände in diesem Zuge einen Umbau erfahren. Zwar müssten für das Projekt alte Bäume entnommen werden, aber gleichzeitig biete sich die Chance, auf wesentlich größeren Flächen gesunde Waldbestände zu entwickeln. Herr Schönemann betonte, dass die Beteiligten dieses Projekt mit den Maßnahmen nachhaltig geplant haben.

Herr Meier fragte, wo die über das Plangebiet hinausweisenden Umbaumaßnahmen und Ersatzvornahmen erfolgen würden. **Herr Krmela** antwortete, dass versucht werde in der Morigkauer Heide ergänzende Maßnahmen durchzuführen.

Herr Meier betonte, dass er es wichtig finde, dass es wirklich nachhaltige Ausgleichsmaßnahmen für diesen Lebensraumtyp gibt, da diese Flächen, auch im Stadtgebiet weiter zurückgehen. Herr Krmela führte aus, dass das Umweltamt gesagt habe, dass nur wenn das gesamte Plangebiet in einen Optimal-Zustand versetzt werde, eine Zustimmung zur Planung erfolgen könne. Nur unter diesen Voraussetzungen würden die Vorteile der Maßnahme die Nachteile überwiegen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass im Forstgutachten stehe, dass das Gebiet 1 einen hohen biologischen Wert aufweist. Aus seiner Sicht werde nun genau dieses Gebiet weitgehend zerstört. **Herr Krmela** widersprach.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass in diesem Bereich in der Vergangenheit viele Fehler gemacht wurden. Er würde es präferieren, mit den Investoren das Gespräch zu suchen, damit diese in der Innenstadt auf zusammenhängenden Flächen qualitativ hochwertige Einfamilienhäuser bauen könnten, damit die Innenstadt entwickelt und die Abwanderung in die Außenbereiche gestoppt werden kann.

Herr Schönemann sagte, dass das eine das andere nicht ausschließe. Dieser beschriebene Wille sei auch bei den Investoren da. Es müssten Kompromisse mit den Investoren gefunden werden, die den Interessen der Einzelnen gerecht würden. Seine Fraktion sehe den jetzigen Vorschlag als positive Kompromisslösung.

Herr Meier betonte, dass das Land in keiner Weise seiner Verantwortung für den Erhalt von FFH-Lebensraumtypen gerecht wird und dass die Aufwertung durch solche Hilfsmaßnahmen erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis:

4 : 1 : 2

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

**7.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 „Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg“ sowie 2. Änderung des Flächennutzungsplanes Roßlau/Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/070/2017/III-61**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

**7.7 Revitalisierung Quartier am Leipziger Tor
Vorlage: BV/090/2017/LBF/GR**

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, führte aus, dass seine Fraktion für diese Vorlage 2 Änderungsanträge habe. Aus formeller Sicht könne sie nicht in die Personalhoheit des Oberbürgermeisters eingreifen und könne deswegen nur empfehlen „Stellen einzurichten“ und „Arbeitsgruppen einzurichten“. Er halte es für selbstverständlich, dass es eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe geben müsse, welche die Probleme am Leipziger Tor lösen könne. Er erläuterte weiter, dass die Intension dieser Vorlage schon lange Thema beim entsprechenden Stadtteilbeirat und den Initiativen am Leipziger Tor sei. Auch zwischen diesen und der Stadtverwaltung habe es immer wieder den Dialog gegeben. Es herrsche Einigkeit darüber, dass man Maßnahmen des Quartiersmanagements ergreifen muss, damit für dieses Quartier ein vernünftiges Konzept entwickelt wird. In letzter Zeit gäbe es immer wieder schlimme Rückmeldungen aus diesem Gebiet. Durch die Vorlage könne nun ein positiver Akzent mit allen Beteiligten gesetzt werden. Der Ausschuss bilde aus seiner Sicht eine gute Basis für eine zielführende Diskussion.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass sie es für zielführend halte, wenn bei solchen Vorhaben im Voraus das Gespräch mit der Verwaltung gesucht würde. Aus formaler Sicht, sind die Punkte 1 und 4 der Vorlage in Ordnung. Der Punkt 2 ist insofern problematisch als dass, das Quartiersmanagement aus dem Förderprogramm Soziale Stadt finanziert wird und die Stadt einen Eigenanteil stellen muss. Das Programm ist ein investives. Begleitende Maßnahmen wie Quartiersmanagement dürfen nicht mehr als 10 Prozent des Investitionsvolumens vor Ort betragen. Es müsse geprüft werden, ob so ein Sachverhalt im Moment gegeben ist. Wenn diese Möglichkeit bestünde, dann wäre die nächste Möglichkeit zur Beantragung im November 2017. Es könne sein, dass eine entsprechende Antwort auf Landesebene bis zu einem Jahr dauert. 2018 könnten dann Ausschreibungen beginnen, falls Zusagen vom Land erteilt würden. Frühestens 2019 könnte mit einem Quartiersmanagement begonnen werden. Einigkeit bestehe darin, dass Probleme in diesem Quartier gelöst werden müssen. Zu Punkt 3 der Vorlage führte sie aus, dass, wie Herr Meier selbst sage, die Personalhoheit dem Oberbürgermeister obliege.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, teilte mit, dass eine Kompromisslösung darin bestehen könnte, dass das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Quartiersmanagement geprüft werde. In diesem Zusammenhang könne auch deren Finanzierung und Untersetzung geprüft werden. Die Verwaltung solle dies in die Vorlage formulieren. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) sei in diesem Zusammenhang nicht zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang sollten Einzelquartiere im Verband betrachtet werden. Es bedarf in dieser komplexen Sachlage der Beachtung der

Schnittstellen. Quartiersübergreifende Aspekte dürften ebenfalls nicht außer Sicht gelassen werden. Er bat um eine entsprechende Ergänzung der Vorlage.

Frau Schlonski erwiderte, dass im Stadtplanungsamt derzeit an einem Quartierskonzept gearbeitet wird. Es erfolge in diesem Zusammenhang eine Abstimmung mit den Menschen in diesem Quartier.

Herr Meier teilte mit, dass in der Begründung stehe, dass die Frage des Personals ein Vorschlag sei. Er fragte, ob die Vorlage um den Satz "bei Vorliegen der Voraussetzungen" ergänzt werden soll. Frau Schlonski antwortete, dass die Verwaltung prüfen könne, ob die Voraussetzungen vorliegen und das Ergebnis dann im Ausschuss vorstellen werde. Herr Meier unterstrich, dass klar sei, dass eine Beantragung erst im Dezember erfolgen könne. Die Vorlage wurde bereits jetzt eingebracht, damit eine qualitative Vorbereitung möglich sei.

Herr Adamek, Fraktion CDU, sagte, dass seine Fraktion den Grundgedanken begrüße. Er denke, dass solche Projekte fraktionsübergreifend bearbeitet und qualifiziert werden könnten. Entsprechend Frau Schlonskis Einwände solle die Vorlage angepasst werden. Seine Fraktion werde diese Vorlage ohne größere Bedenken unterstützen.

Herr Schönemann sagte, dass seine Fraktion die Ideenvielfalt, welche durch diesen Wettbewerb entstünde, als positiv betrachte. Jede Fraktion habe das Recht Vorlagen einzubringen und wenn es um die qualifizierte Umsetzung dieser gehe, sollten dann alle gemeinsam daran arbeiten. **Herr Adamek** ergänzte, dass im Bauausschuss eine Eruiierung der Quartiere vorgenommen werden könne, unter der Fragestellung, wo sich ein Quartiersmanagement etablieren sollte. **Frau Schlonski** bot an, dass diese Arbeit in einem entsprechenden Arbeitsgremium vorgenommen werden könnte. Dieses Gremium würde ein anderes Format für die Diskussion bieten, als ein Ausschuss, der aus ihrer Sicht ein beschließendes Gremium ist.

Herr Meier betonte, dass er den Ausschuss als beschließendes Gremium sehe und es für Ehrenamtliche oft schwierig sei, Ehrenamt, Privatleben und Arbeit so zu organisieren, dass jeder dieser Bereiche die nötige Zeit und Aufmerksamkeit bekäme. Er sehe den Vorschlag von Frau Schlonski als positiv an, aber das Format müsse passen. **Herr Schönemann** erwiderte, dass er in dem Ausschuss sowohl die fachlich qualifizierte Beratung und Begleitung, als auch die sachliche und akzentuierte Beschlussfassung sehe. Es bestünde die Möglichkeit, sich der Öffentlichkeit im Wettbewerb mit guten Ideen zu präsentieren. Die Ausschussmitglieder hätten die Möglichkeit sich in einen Prozess mit einzubringen und das halte er für wichtig.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, schlug vor, dass Herr Meier und jemand aus der Verwaltung die Vorlage entsprechend ändere bzw. ergänze und diese dann vor dem Stadtrat den Ratsmitgliedern zukommen lasse.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass er sich frage, was noch zu beschließen sei, da Frau Schlonski gesagt habe, dass eine entsprechende Vorlage bereits von der Verwaltung erarbeitet werde. Er selbst habe eine andere Meinung zu der Frage des Beschließens über Personal. Da er es für selbstverständlich halte, dass berichtet wird, sehe er keinen inhaltlichen Aspekt mehr, der zu beschließen sei. Herr Schönemann, sagte, dass er das Engagement doch entsprechend honorieren möchte. Herr Dr. Melchior schlug vor, dass darüber abstimmt werden solle, ob eine Änderung statfinde und anschließend darüber im nächsten Haupt- und Personalausschuss diskutiert und diese im Stadtrat gegebenenfalls beschlossen wird. Herr Schönemann stimmte dem zu.

Herr Meier fügte hinzu, dass er kein Problem damit habe, dass die Verwaltung die Vorlage qualifiziere. Ihm sei es sehr wichtig, dass für die verschiedenen Aspekte in dem genannten

Städtebauförderprogramm die entsprechenden Anträge gestellt werden. Die entsprechenden Fördermittel müssten gesichert werden

Herr Adamek schlug vor, dass die Verwaltung in Form von Frau Schlonski sich qualitativ in Kombination mit Herrn Meier und Dr. Melchior einbringen und die Vorlage entsprechend gemeinsam zeitnah qualifizieren sollte.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass die Verwaltung diesen Beschluss qualifiziere, die Grundverständigung im Haupt- und Personalausschuss stattfinden werde und auf die Tagesordnung des Rats komme. Die Autorisierung der Vorlage erfolge über den Haupt- und Personalausschuss.

Frau Schlonski sagte, dass sie den Wunsch von Herrn Meier aufgenommen habe, ihm einen in seinem Sinne qualifizierten Beschlussvorlagervorschlag zuzusenden, damit er diesen bestätigen oder abändern könne. Herr Schönemann unterstrich, dass er diese Vorgehensweise unterstütze.

Die Vorlage wurde mit der Option auf die Verlegung in den Haupt- und Personalausschuss vertagt. Dies geschah mit der Empfehlung im Sinne einer qualitativen Aufbereitung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Herr Schönemann schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

10 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bedankte sich für die gute Mitwirkung und schloss um 19:40 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 26.05.2017

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Sebastian Böckelmann
Schriftführer